

## NDB-Artikel

**Cobenzl**, Johann *Philipp* Joseph Graf von österreichischer Staatsmann, \* 28.5.1741 Laibach, † 30.8.1810 Wien. ((römisch)-katholisch)

### Genealogie

V Guidobald (1716–97), S des Joh. Kasp. (Gvv v. Ludw. [s. 1]);

M Anna Maria, T des Karl Jos. Ant. Gf. Montrichier u. der Anna Maria Gfn. v. Lodron zu Haag;

Vt →Ludw. s. (1); ledig; Letzter des Geschl..

### Leben

C. hatte nach 1759 bei der niederländischen *Chambre des Comptes* und dem *Conseil des Finances* gute Finanzkenntnisse, nach 1767 beim Staatsrat in Wien allgemeine Überblicke über die österreichische Staatsverwaltung gewonnen. Trotz mittelmäßiger Begabung war er dadurch Kaiser Joseph II. nahegekommen, der ihn bei seiner Frankreichreise 1777 als Begleiter wählte; bei den Teschener Friedensverhandlungen 1779 verstand er geschickt zwischen den Wünschen Maria Theresias und Josephs II. zu vermitteln und wurde deshalb Staats-Vizekanzler. Als Joseph II. ihn 1787 nach den Niederlanden sandte, um die dortigen Unruhen zu stillen, gelang ihm dies nur durch völlige Nachgiebigkeit gegen die Wünsche der Provinzialstände und Opferung des kaiserlichen Absolutismus. Unter Kaiser Leopold II. trat sein Einfluß zwar hinter dem Spielmanns zurück, wurde aber seit 1792 bestimmend unter dem völlig unerfahrenen Kaiser Franz II., der C.s diplomatisch-aristokratischer Selbstsicherheit|blind vertraute. Gegenüber Kaunitz vertrat C. eine Aussöhnung mit Preußen und gab deshalb auch seine Einwilligung zu der am 22.5.1792 erhobenen preußischen Forderung auf weitere Ausdehnung in Polen, obwohl damit die am 7.2.1792 gegebene Garantie der polnischen Verfassung gebrochen wurde; ohne feste Zusicherungen Preußens glaubte er damit die preußische Zustimmung zu dem infolge des 1. Koalitionskrieges fragwürdig gewordenen Austausch der Niederlande und Bayerns und darüber hinaus zur Abtretung von Ansbach und Bayreuth an Österreich erkaufen zu können. Als Kaunitz deshalb ausschied, wurde C., bereits 1790 Konferenzminister, am 19.8.1792 Außenminister und Hof- und Vizekanzler. Seine Politik brach gänzlich zusammen, als Preußen sich am 23.1.1793 mit Rußland über eine zweite polnische Teilung einigte, ohne Österreich zu beteiligen. Er wurde am 27.3.1793 in ehrenvoller Form (Verleihung des Stephansordens und der italienischen Kanzlerschaft) kaltgestellt und erst 1801 wieder als Gesandter in Frankreich verwandt. Dabei ließ er sich am 26.12.1802 zu zwei sehr ungünstigen Zusatzverträgen zum Frieden von Lunéville verleiten und versagte

auch danach in Paris völlig gegenüber den fortlaufenden Duplicierungen und Überraschungen → Napoleons und Talleyrands. So wurde er 1805 entlassen.

### **Literatur**

ADB IV;

H. Hüffer, Die Pol. d. dt. Mächte im Revolutionskrieg I, 1869;

E. Herrmann, Die österr.-preuß. Allianz v. 7.2.1791 u. d. 2. Teilung Polens, 1861;

A. v. Vivenot, Zur Genesis d. 2. Teilung Polens, 1874;

H. Schlitter, Kaunitz, Ph. C. u. Spielmann, Ihr Briefwechsel 1779-92, Wien 1898;

Wurzbach;

Metternich, Denkwürdigkeiten I, 1921.

### **Autor**

Hellmuth Rößler

### **Empfohlene Zitierweise**

, „Cobenzl, Philipp Graf von“, in: Neue Deutsche Biographie 3 (1957), S. 298-299 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

## ADB-Artikel

**Cobenzl:** Johann *Philipp C.*, steht an Talent und Bedeutung weit hinter seinem Vetter zurück, obgleich eines der verhängnißvollsten Ereignisse des 18. Jahrhunderts mit seinem Namen verknüpft ist. Er war der älteste von fünf Kindern aus der Ehe Gundobalds mit Maria, Gräfin Montrichier, und am 28. Mai 1741 zu Laibach geboren. Seine Bildung, und zwar eine tüchtige, gründliche Bildung, erhielt er seit dem Jahre 1755 auf der Savoyischen Akademie in Wien, ging 1759 nach Salzburg, dann zu seinem Onkel in die Niederlande. Hier arbeitete er in der *chambre des comptes*, dann im *conseil des finances*, wurde 1767 zum Staatsrath erhoben und kurz darauf nach Wien berufen, wo er besonders für die Umgestaltung des Mauthwesens thätig war. Auch ihm kam die enge Verbindung der Familie mit Kaunitz zu Gute. Er wurde 1772 wirklicher Geheimer- und erster Rath bei der Hofkammer und 1777 von Kaiser Joseph zum Begleiter auf der Reise nach Frankreich gewählt. Am 10. März 1779 kam er als österreichischer Bevollmächtigter zum Congreß nach Teschen, unterzeichnete am 13. Mai den Frieden, und erwarb sich bei den Verhandlungen die volle Zufriedenheit des Kaisers wie des Staatskanzlers. Eben damals hatte Kaunitz mit Hinweis auf seine geschwächte Gesundheit um Entlassung gebeten. Man konnte ihn nicht entbehren, gestattete ihm aber, sich als Gehülfe einen Vicekanzler selbst auszuwählen. „Er hat C. gewählt“, schreibt Joseph am 24. Mai an seinen Bruder Leopold, „den, der bei der Bank angestellt war. Er wird nicht allein in der Staatskanzlei, sondern auch mit den italienischen und niederländischen Angelegenheiten sich beschäftigen. Es entsteht dadurch eine große Verlegenheit für das Finanzamt, wo C. der einzige Fähige war.“ Die ganze Regierungszeit Josephs blieb C. in dieser wichtigen Stellung. Freilich durchaus unter fremder Leitung; der Kaiser nennt ihn einmal in einem Briefe an den Staatskanzler „votre chancelier“ und betrachtet es beinahe als eine Belohnung für Kaunitz, daß C. am 26. Oct. 1783 zugleich mit dem Sohne des Fürsten den Stephansorden erhielt. Beim Ausbruch der belgischen Unruhen verbarg C. nicht seine von der des Kaisers abweichende Meinung, wurde aber gleichwol oder vielleicht eben deshalb, als eine Ausgleichung unumgänglich erschien, nach den Niederlanden geschickt. Aber diese Sendung hatte keinen Erfolg. Die Insurgenten gaben ihm kein Gehör und Joseph selbst machte ihm den Vorwurf, er sei zu langsam und zu furchtsam gewesen. Diese Unzufriedenheit mag auch bewirkt haben, daß im Januar 1790 bei Wiedereinführung der Ministerial-Conferenzen die von Kaunitz beantragte Ernennung Cobenzl's zum Conferenzminister von Joseph nicht genehmigt wurde (Ranke, Fürstenbund, II. 371). C. blieb vorerst in Luxemburg, verkündete nach Josephs Tode den belgischen Ständen die günstigen Anerbietungen seines Nachfolgers Leopold, aber auch jetzt vergebens. Im Sommer ist er wieder in Wien, begleitet den neuen Kaiser im September zur Krönung nach Frankfurt und genießt während der ganzen Regierungszeit sein Vertrauen in steigendem Maße. Schon unter Leopold waren Gegensätze zwischen dem Kaiser und Kaunitz hervorgetreten; noch mehr war dies unter Franz II. der Fall. Das politische System des Staatskanzlers war durch die französische Revolution aus den Angeln gehoben. Gegen den Staat, den man seit 1756 als eine Stütze betrachtet hatte, mußte jetzt die Hauptkraft der Monarchie

gerichtet werden. Eine Verständigung mit Preußen wurde unumgänglich, um so mehr als seit Josephs II. Tode die enge Verbindung mit Rußland sich gelöst hatte. Aber es war wol vorauszusehen, daß Preußen die günstige Stellung benutzen würde, um manches von Oesterreich bisher bestrittene Interesse durchzusetzen, daß es insbesondere den zu Reichenbach aufgegebenen Plan einer Vergrößerung in Polen wieder aufnehmen würde. In der That hatte Oesterreich schon in dem Bündniß vom 7. Februar 1792 auf die Erhaltung der polnischen Constitution vom 3. Mai 1791 verzichten müssen, und wenige Monate später gab der preußische Minister, Graf Schulenburg, den preußischen Wünschen bestimmten Ausdruck. Er richtete sie aber nicht an Kaunitz, von dem in einer solchen Angelegenheit wenig zu erwarten war, sondern durch den österreichischen Gesandten in Berlin, Fürst Reuß, an den Freiherrn v. Spielmann, einen Mann, der durch Fleiß, Arbeitskraft und ein seltenes Gedächtniß, bei übrigens mittelmäßiger Begabung, schon unter Joseph im auswärtigen Ministerium ein gewisses Ansehen erlangt hatte, der dann unter Leopold mit einer selbst für Kaunitz ärgerlichen Geschäftigkeit sich vordrängte, und jetzt als Staatsreferendar mit dem nunmehrigen Conferenzminister C. auch den Sitzungen des Staatsraths beiwohnte. Diesem Manne ließ Schulenburg am 22. Mai im engsten Vertrauen mittheilen, den Eroberungsgelüsten Katharina's und dem russischen Einmarsch in Polen gegenüber mühten auch Oesterreich und Preußen ihre Truppen einrücken lassen; Preußen denke dann für die Kosten des Kriegs gegen Frankreich eine Entschädigung in Polen zu nehmen, Oesterreich möge sich dieselbe am Rhein suchen. Da man die preußische Entschädigung zur Hand hatte, die österreichische am Rhein den Franzosen erst abnehmen mußte, so konnte dieser Vorschlag in Wien nicht besonders anziehen. Aber nun erwachte bei Spielmann und C. der nie vergessene, so oft vereitelte Wunsch, Baiern und zwar durch einen Tausch gegen die Niederlande zu erwerben. Daß dieser Tausch für Oesterreich ein unschätzbare Vortheil gewesen wäre, liegt auf der Hand; kein österreichischer Minister verdient also einen Vorwurf, wenn er ihn mit allen rechtlichen Mitteln zu verwirklichen suchte. Vielleicht nicht einmal vom deutschen Standpunkte aus; denn der erste Blick auf die Karte läßt gewahren, wie wesentlich sowol die pfälzisch-rheinischen als die österreichischen Besitzungen nach diesem Plan arrondirt und gegen französische Angriffe befestigt wären. Aber jetzt sollte die preußische Zustimmung durch eine neue Gewaltthat gegen Polen erkauft werden, die voraussichtlich die völlige Zerrüttung, wenn nicht die politische Vernichtung des unglücklichen Landes nach sich ziehen mußte. Und war diese preußische Zustimmung vermögend, die Ausführung des Planes zu sichern, den Widerstand Englands und Hollands zu besiegen, den Kurfürsten von Baiern und die Zweibrücker Erben zum Verzicht auf ihr altes Familienbesitzthum gegen eine neue Erwerbung zu bewegen, deren Unsicherheit gerade jetzt die kaum gedämpfte Empörung gegen Joseph und die Nähe der französischen Revolution nur zu deutlich erkennen ließen? Alle diese Bedenken wurden jedoch von C. und Spielmann übersehen oder zurückgedrängt. Statt auf den Wegen des Fürsten Kaunitz zu bleiben, der doch selbst in dem Vertrag vom 7. Februar wenigstens die Integrität Polens gesichert hatte und eben durch eine gemeinschaftliche Erklärung Oesterreichs und Preußens den russischen Gelüsten eine Schranke setzen wollte — statt auf diesen Wegen zu bleiben, schrieb Spielmann am 29. Mai mit Gutheißen Cobenzl's und des jungen Königs an Reuß, man sei mit den

preußischen Absichten einverstanden, erwarte aber als Gegenleistung, daß das preußische Ministerium den baierischbelgischen Tausch nicht mehr „durch die Herzbergische Brille ansehen“, sondern freundschaftlich fördern werde. In Berlin war man mit dieser Wendung einverstanden, weil sie für alle Fälle Oesterreich von Polen fern hielt; man versprach, sich bei Pfalz-Zweibrücken für den Tausch zu verwenden, und Schulenburg wünschte nun, am 9. Juni, daß die Sache officiell verhandelt würde. Am 21. Juni machte König Franz dem Staatskanzler, vor dem man bis dahin alles geheim gehalten hatte, von der Sache Mittheilung. Aber wenn irgend etwas die Ueberlegenheit des ergrauten Staatsmannes über die Figuranten, die an seiner Stelle regieren wollten, deutlich hervortreten läßt, so ist es die Antwort, die er am 25. Juni an den König richtet. Er nennt das ganze Project eine Chimäre, unverantwortlich in Ansehung Polens, beleidigend für den Wiener Hof, dem man nach so vielen Beweisen seiner Einsicht und Rechtschaffenheit einen solchen Vorschlag zu machen wage. Er wolle sein Ministerium nicht durch einen solchen Schritt gegen seine Ueberzeugung beendigen; man möge sich hüten, sich ebenso unnütz als verkleinerlich zu compromittiren. Der König antwortet eigenhändig am 29. Juni mit der Versicherung, man werde nur mit großer Behutsamkeit vorgehen; aber niemand kehrte sich an das, was der alte Fürst so unumwunden vorhergesagt hatte. Ohne Kaunitz zu fragen, setzte C. am 2. Juli seinem Vetter in Petersburg die Gründe für den Tausch auseinander, unmittelbar darauf reiste er, wie auch Spielmann, nach Frankfurt, wo am 14. Juli die Krönung des jungen Kaisers stattfand. Eine österreichische Denkschrift aus jener Zeit, die, wenn nicht den Fürsten Ligne, doch einen sehr scharfsichtigen Mann zum Verfasser hat, redet neben Mercy, Thugut und Ludwig Cobenzl, „den drei geistreichen Diplomaten Oesterreichs“, auch von Philipp C. „Er ist“, sagt sie, „von einer so vollendeten Mittelmäßigkeit, von einem so glücklichen Selbstvertrauen, daß er stets *über* den Ereignissen steht. Wie sie auch fallen mögen, er manipulirt unerschütterlich immer in derselben Weise, immer sich selbst gleich.“ Man wird lebhaft an diese Charakteristik erinnert, wenn man eine Depesche Cobenzl's nach Petersburg vom 16. Juli vor Augen hat, voll der frohesten Hoffnungen auf die neue Erwerbung und die Vortheile der Verbindung mit Preußen, die den Kaiser nun endlich aus der drückenden Abhängigkeit von Rußland befreien würde. Auch am folgenden Tage in einer Versammlung der zu Frankfurt anwesenden Conferenzminister wußte er seine Ansicht zur Geltung zu bringen, freilich nicht ohne mannigfachen Widerspruch. Er selbst war der Meinung, daß die baierischen Besitzungen, besonders in Rücksicht auf die Einkünfte, den Niederlanden nicht gleichkämen, also neben ihnen noch ein Ueberschuß zu fordern sei. Diesen glaubte man in den kürzlich an Preußen gefallenen fränkischen Markgrafschaften Ansbach und Baireuth gefunden zu haben. Als aber C. diesen Anspruch am 21. Juli bei einer Conferenz in Mainz dem preußischen Minister Schulenburg auseinandersetzte, erkannte dieser zwar die Berechtigung einer über Baiern hinausgehenden Entschädigung an, konnte aber auf die Abtretung der Markgrafschaften wenig Hoffnung machen. Dagegen erklärte er, daß für einen solchen Fall die Ansprüche Preußens über den Betrag der Kriegskosten hinaus sich bedeutend vergrößern und nicht weniger als die Palatinate Posen, Kalisch und Cujawien nebst einem Theil von Siradien umfassen würden. Einstweilen, im Angesicht des bevorstehenden Krieges, begnügte man sich von beiden Seiten, diese Angelegenheit einer späteren Einigung vorzubehalten. Als Kaunitz von der Verhandlung hörte, bat er

am 2. August um seine Entlassung, die der Kaiser am 6. August ablehnte, aber auf wiederholtes Ansuchen am 19. genehmigen mußte. Nicht oft ist ein Minister würdiger von seinem Amte zurückgetreten. Seine Geschäfte wurden Philipp C. übertragen; aber es fehlte viel, daß er auch das Ansehen des Staatskanzlers besessen hätte. Den Conferenzministern und dem Staatsrath mußten die wichtigen Expeditionen vorgelegt und zuweilen zum größten Aerger Cobenzl's wesentlich verändert werden. Denn nur zu bald gingen die Befürchtungen des alten Fürsten in Erfüllung. Schon Anfang August berichtete Reuß aus Berlin, daß Preußen die Abtretung der Markgrafschaften nicht bewilligen könne. Dieselbe Erklärung gab der preußische Gesandte, Graf Haugwitz, in Wien. In einer Ministerialconferenz vom 3. Sept. wurde deshalb beschlossen, daß Spielmann in das preußische Kriegslager nach Frankreich reisen solle, um auf eine oder die andere Weise zu einer Verständigung zu gelangen. Als dieser aber zum ersten Male mit dem König am 24. October zu Merle zusammentraf, war der unglückliche Ausgang des Feldzugs schon entschieden; nicht mehr die Republik, sondern deutsche Gebiete am Rhein, vor allen die österreichischen Niederlande waren bedroht. In Wien hatte man so wenig eine solche Wendung vorgesehen, daß nur ganz unzureichende Kräfte nach dem Westen geschickt, die Armee erst am 17. November auf den Kriegsfuß gesetzt werden konnte; mit Rußland überworfen, war man also ganz von der Fortdauer preußischer Unterstützung abhängig. Das nächste Ergebniß dieser Lage war die Note, die Haugwitz am 25. October zu Merle dem Freiherrn v. Spielmann übergab. Preußen forderte darin ungesäumte Besitzergreifung der polnischen Palatinate, wenn es sich in bisheriger Weise am Kriege betheiligen solle. Haugwitz, unterdessen zum Minister ernannt, reiste selbst nach Wien, um die österreichische Zustimmung zu dem preußischen Einmarsch in Polen zu erwirken.

In den Wiener Verhandlungen tritt nun die ganze Haltlosigkeit des österreichischen Ministeriums hervor. In dem Maße, wie Preußen seinem Ziele sich näherte, wurde die österreichische Entschädigung weiter in die Ferne gerückt; denn wie sollte man jetzt, da Belgien angegriffen, bald von Dumouriez erobert war, die baierischen Agnaten zur Abtretung ihrer Erblände bewegen? Aber noch immer konnte C. sich nicht entschließen, seinen Plan ganz aufzugeben; nur die Sicherungsmittel mußte er eines nach dem andern fahren lassen. Eine Ministerialconferenz am 29. November wollte für Oesterreich noch das Recht vorbehalten, auch seinerseits für die Ausführung des Tausches in Polen ein Pfand zu nehmen, es sei denn, daß Rußland, Preußen und England eine förmliche Garantie versprechen wollten; eben deshalb rieth sie weiter, England in Kenntniß zu setzen und sich zu versichern, daß man von dieser Seite wenigstens keinen Widerspruch zu befürchten habe. Aber diese Maßregel wurde von C. noch wochenlang verzögert. In der Antwort auf die Note von Merle. die er am 9. December dem preußischen Gesandten übergab, begnügt er sich schon mit der Garantie von Rußland und Preußen, und als Haugwitz immer ungestümer drängt, muß C. sich dazu verstehen, am 23. December eine Note nach Petersburg zu richten, in welcher Katharina angelegentlichst ersucht wird, „in ein baldigstes Concert zur fördersamsten Effectuirung der preußischen Entschädigung einzugehen und sich über ihre eigene Convenienz zu erklären“. Aber auch mit dieser Note war Haugwitz nicht zufrieden, denn sie behielt noch immer für den äußersten Fall eine österreichische Pfandnehmung in Polen

vor, die, für Katharina ebenso unangenehm als für Preußen, möglicherweise eine Aenderung der russischen Pläne hätte bewirken können. Endlich am 24. December gibt Haugwitz seinem Ministerium Nachricht, er habe jetzt das Siegel auf die Unterhandlung gedrückt. Durch Anwendung aller Mittel habe er von C. die förmliche Versicherung erhalten, der Kaiser werde sich noch einmal bei Katharina verwenden, daß die thatsächliche Besitzergreifung in Polen sogleich erfolgen könne, ohne andere Bedingung, als daß Rußland und Preußen für ihre Zustimmung zu dem belgischen Tausch eine Garantie gäben. Diese Behauptung des preußischen Gesandten hat viele Streitigkeiten veranlaßt; das Zugeständniß war nur mündlich gegeben und wurde später von österreichischer Seite ganz in Abrede gestellt. Hier ist aber nicht näher darauf einzugehen; auf die Entwicklung der Ereignisse hat es nicht einmal erheblichen Einfluß geübt. Für Preußen war das eigentlich Wesentliche immer die Zustimmung Rußlands, und gerade die österreichische Politik, indem sie zuerst im Verein mit Preußen die russischen Pläne hindern wollte, dann, um Preußens Beistand zu gewinnen, den preußischen Absichten in Petersburg das Wort redete, hatte Rußland selbst auf die Seite Preußens gedrängt. Der Note vom 23. December war freilich in einer Reihe geheimer Beilagen der Wunsch beigefügt, Rußland möge jetzt die preußischen Ansprüche in Polen beschränken. Aber Katharina hatte selbst gar viele Gründe, einen schleunigen Abschluß zu wünschen, und keinen, auf Oesterreich besondere Rücksicht zu nehmen. Ebenso grundlos erwies sich die Hoffnung am England, das endlich, aber viel zu spät, am 22. December von den Verhandlungen über Polen und Baiern in Kenntniß gesetzt wurde. England konnte die polnische Theilung nicht mehr hindern, und Katharina fand in der unwillkommenen Eröffnung ihrer Pläne und in der Besorgniß, vielleicht doch noch einem Hinderniß von Seiten Englands zu begegnen, nur einen neuen Grund, recht bald mit Preußen abzuschließen. So wurde, nachdem schon seit dem 6. Januar 1793 preußische Truppen die angesprochenen polnischen Landestheile ohne Widerstand besetzt hatten, am 23. Januar zu Petersburg der Vertrag unterzeichnet, der die zweite Theilung, in Wahrheit die Vernichtung Polens, zum Inhalt hatte. Es klang wie Hohn, wenn der sechste Artikel ausdrücklich die Zustimmung Oesterreichs erwähnte, obgleich der Vertrag, ganz ohne Wissen des österreichischen Gesandten abgeschlossen, länger als zwei Monate ein strenges Geheimniß blieb, und die von Oesterreich bis zuletzt verlangte Garantie sich auf gute Dienste und ganz unbestimmte „wirksame Mittel“ für die Ausführung des belgischen Tausches beschränkte. Aber das Bitterste war, daß die österreichischen Minister sich sagen mußten, sie selbst hätten durch ihre Kurzsichtigkeit und Schwäche die ganze Angelegenheit in die Hände Rußlands gelegt und die Uebel hervorgerufen, die von Kaunitz gleich zu Anfang vorhergesehen waren.

Als man in Wien zu Anfang des neuen Jahres von dem bevorstehenden| Einmarsch der preußischen Truppen hörte, wurde am 3. Januar eine Ministerialconferenz berufen. Die Lage war viel zu mißlich, als daß man gewagt hätte, gleichzeitig mit Preußen ein Pfand in Polen zu nehmen. Auch das, was Oesterreich für den Fall, daß der belgische Tausch mißlänge, in Polen ansprechen könne, wollte man von der russischen Uebereinkunft mit Preußen abhängen lassen. Man sammelte nicht einmal Truppen in Galizien, sondern kam im Gegentheil am 15. Januar zu dem Entschluß, die österreichische Hauptmacht

zur Eroberung der Niederlande zu verwenden. C. vertheidigte um diese Zeit noch in ausführlichen Deductionen den belgischen Tausch, aber aus den Worten der übrigen Conferenzminister, besonders Lascy's und Colloredo's ersieht man deutlich genug, wie sehr das Mißvergnügen über Cobenzl's Leitung gestiegen war. Auch der Kaiser hatte sich schon im December sehr ungnädig über die Art, wie die Geschäfte in der Staatskanzlei betrieben würden, geäußert. Seine Unzufriedenheit wuchs, als die Ergebnisse von Tag zu Tag deutlicher hervortraten. Am 21. Februar erhielt man aus Petersburg die vorläufige Nachricht, es sei zwischen Preußen und Rußland ein Vertrag zum Abschluß gekommen, ohne daß die preußischen Ansprüche sich hätten vermindern lassen. Spätere Nachrichten machten immer wahrscheinlicher, daß Oesterreich bei der Entschädigungsangelegenheit, nach Lascy's Ausdruck, „nur ein trauriges Nachsehen“ haben würde. In der Conferenz vom 11. März tritt dann auch die Unzufriedenheit ohne Rückhalt hervor. Colloredo äußert in seinem Separatvotum, er wünsche endlich von einer reellen Kriegsentschädigung statt von der akademischen Idee des Austausches der Niederlande zu hören. Aus seinem Munde redet schon der Staatsmann, der von jetzt an mit stärkerer Hand in die Geschicke Oesterreichs eingreift. — Franz v. Thugut, der am 11. März zum ersten Male an der Conferenz persönlich Theil nahm, war eigentlich für eine Sendung nach Belgien in das Hauptquartier des Prinzen Coburg bestimmt. Aber der Kaiser, mehr und mehr von der Schärfe seines Urtheils und der Stärke seines Willens angezogen, wollte ihn in so gefährlicher Lage nicht von sich lassen. Schon um die Mitte des Monats war der Entschluß, im Ministerium eine Aenderung vorzunehmen, zur Reife gelangt. Am 18. gibt der Kaiser, wahrscheinlich nach Thugut's Entwürfe, dem Grafen Mercy besondere Instructionen für die Verhandlungen in London und beauftragt ihn, die Antwort nicht mehr an C., sondern an Colloredo zu richten, während C. noch am 26. März lange Anweisungen in einem verschiedenen Sinne an Mercy abgehen läßt. An eben diesem Tage trat aber die Katastrophe ein. Man erhielt zugleich von dem russischen Botschafter Rasumowsky und dem preußischen Ministerresidenten Cäsar den Wortlaut des Theilungsvertrags, konnte nun erst die unerwartete Ausdehnung Rußlands und die ganze Größe des Unheils übersehen. Schon am folgenden Tage wurde C. zum Kanzler für die italienischen Provinzen, Spielmann zum Gehülfen des kaiserlichen Concommissars v. Borié auf dem Regensburger Reichstag ernannt. An ihre Stelle trat Thugut, zunächst mit dem Titel eines Generaldirectors der auswärtigen Angelegenheiten. — Kaiser Franz schreibt an demselben Tage an Kaunitz, der neue Minister sei wesentlich als ein dankbarer Schüler und Bewunderer des Fürsten zu seiner Stellung berufen. Thugut knüpfte in der That in soweit an die Politik des Staatskanzlers an, als er den belgischen Tausch zunächst aufgab, ein leidliches Verhältniß zu Rußland herzustellen, dann die Erwerbungen Preußens in Polen, wenn nicht ganz zu verhindern, doch zu erschweren suchte. Man kann sagen, es war ein Hauptziel seiner Amtsführung, den Fehler seines Vorgängers auszuleichen und dem Kaiser ein Aequivalent für die preußische Erwerbung zu gewinnen. Aber der Weg, den er zunächst einschlug, machte die Lage eher schlimmer als besser. Denn den Vertrag vom 23. Januar konnte er nicht rückgängig machen, und durch seine Stellung gegen Preußen verlor er was doch einigermaßen als Ersatz dienen und einzig eine Entschädigung auf Kosten Frankreichs herbeiführen konnte: den preußischen Beistand im Kriege gegen die Republik.



C. wurde in der schonendsten Weise beseitigt, durch die neue Kanzlerwürde und zugleich durch den Orden des goldenen Vlieses geehrt. Aber das Amt, an Bedeutung dem früheren nicht zu vergleichen, war in wenigen Jahren ein leerer Name, und C. nimmt an dem öffentlichen Leben nur noch als Gegner und Neider Thugut's Theil. Erst nach dem Abgang des Ministers, im Herbst 1801, wird er, allem Anschein nach durch den Einfluß seines Veters, mit dem Gesandtschaftsposten in Paris betraut. Aber auch hier läßt sich sein Wirken keineswegs ein glückliches nennen. Von dem, was Oesterreich wünschte, konnte er so gut wie gar nichts durchsetzen, mußte dagegen am 26. Dec. 1802 mit Joseph Bonaparte zwei sehr ungünstige Verträge in Bezug auf Deutschland und Italien unterzeichnen. Den Haß gegen Thugut hatte er in die neue Stellung mit hinübergenommen. Er verfehlte denn auch nicht, die zornigen Reden Bonaparte's gegen den abgetretenen Minister getreulich nach Wien zu berichten, und Thugut bemerkt in einem Brief an Colloredo vom 23. Jan. 1803 mit gerechtem Spott, der Graf Philipp C. thäte wol besser, statt solcher Albernheiten die große Angelegenheit der Entschädigungen im Auge zu behalten und sich nicht abermals gleich einem Kinde an der Nase führen zu lassen, wie es ihm bei der zweiten Theilung Polens von Haugwitz geschehen sei. Der Ausbruch des Krieges von 1805 bewirkte Cobenzl's Abberufung. Er verweilte seitdem, wie sein Vetter, von den Geschäften zurückgezogen in Wien. Obgleich bedeutend älter als Ludwig, überlebte er ihn doch und besaß nach ihm das Majorat der Familie bis zu seinem Tode am 30. Aug. 1810. Selbst kinderlos, war er der letzte seines Stammes. Seine Güter fielen an die verschwägerte Familie Coronini. Nur der Cobenzl-Berg bei Wien trägt bis heute den Namen des Geschlechts, das noch in seinen letzten Generationen so zahlreich und in der Geschichte Oesterreichs so bedeutend gewesen ist.

## **Literatur**

Quellen: Eigene archivalische Aufzeichnungen. Für die Familie Cobenzl's der Artikel von Stramberg bei Ersch und Gruber. Der titelreichen, aber nicht sehr ergiebigen Litteratur in Wurzbach's Biogr. Lexikon des Kaiserthums Oesterreich ist noch beizufügen: für Johann Cobenzl Brunner's Humor in der Diplomatie, 2 Bde., Wien 1872; für Ludwig und Philipp C. vor allem: Vivenot's Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs, Bd. 1 und 2, Wien 1873 u. 1874; Arneth, Maria Theresia und Joseph II. Wien 1867, 3 Bde. und K. Beer's Oesterreichische Politik in den Jahren 1801 u. 1802; Oesterreich und Rußland 1804 u. 1805, Wien 1874 u. 1875. Vivenot, Zur Genesis der zweiten Theilung Polens, Wien 1874, die letzte Schrift des so früh abgeschiedenen Verfassers; Brunner, Correspondances intimes de Joseph II. avec le comte [Philippe] de Cobenzl, Mainz 1871; Martens, Traités de la Russie avec l'Autriche, Tom. II, Petersburg 1875. Ludwig Cobenzl's Sterbetag wird häufig unrichtig angegeben. Der Nekrolog in der Wiener Zeitung vom 25. Februar 1809 und der Todtenzettel nennen den 22. Februar. Er starb in dem Hause „Hohe Brücke“, Nr. 383 alte Nummer. Außer dem fideicommissarischen Vermögen hat er wenig hinterlassen. Am 2. Februar 1806 stellt Stadion bei dem Kaiser den Antrag, dem Grafen Cobenzl eine Pension zu bewilligen und zugleich seine Schulden im Betrage von 52000 Florin zu bezahlen, weil sonst die Pension von den Gläubigern zu sehr verkürzt werden möchte. Kaiser Franz rescribirt: „Ich

habe ihm schon 16000 Florin angewiesen.“ Die Herrschaft Napagetl wurde von Cobenzl's Wittwe laut Testamentes vom 20. September 1820 (publicirt am 5. Mai 1824) ihrer Nichte, Gräfin Francisca Fünfkirchen, vermählten Gräfin Stockau, als Allod hinterlassen. (Freundliche Mittheilung des Herrn Schrauf, Concipisten am Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien.)

**Autor**

*Hüffer.*

**Empfohlene Zitierweise**

, „Cobenzl, Philipp Graf von“, in: Allgemeine Deutsche Biographie (1876), S. [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/>

---

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

---